

Landesplanung (Plenarsitzung vom 13.04.2011)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Ellerbrock. – Für die Fraktion Die Linke spricht jetzt Herr Sagel.

Rüdiger Sagel (LINKE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn wir heute über Landesplanung diskutieren, müssen wir zunächst einmal konstatieren, dass die regierungstragenden Fraktionen mehr Fragen aufgeworfen als Antworten gegeben haben. Ich habe ihren Reden mit Interesse zugehört. Eine politische Nachbetrachtung von SPD und Grünen zur Politik von CDU und FDP in den letzten fünf Jahren mag vielleicht einen gewissen Ablenkungseffekt haben. Es ist auch überhaupt keine Frage, dass es desaströse Urteile gab, für die die ehemalige Landesregierung von CDU und FDP verantwortlich ist. Das hilft Ihnen aber in der Problematik, das Land tatsächlich voranzubringen und zu zeigen, wie eine Landesentwicklung tatsächlich aussehen müsste, wenig weiter.

Der entscheidende Punkt ist: Sie weichen im Moment bei allen Fragen strukturpolitischer Art in Nordrhein-Westfalen vor konkreten Aussagen zurück. Sie setzen alles auf die Zeitachse. Das ist beim Kraftwerk Datteln genauso der Fall wie bei der CO-Pipeline und beim Gas-Fracking. Sie geben keine klaren Antworten, sondern verschieben alles in die Zukunft und setzen auf die Zeitachse. Sie reden sich immer wieder heraus.

(Beifall von der LINKEN)

Ich möchte sehr deutlich machen, dass Die Linke für eine ökologische und soziale Landes- und Regionalplanungspolitik steht. Diese muss in der Tat nachhaltig sein. Das ist ernst gemeint. Wenn wir einen sozialökologischen Umbau in Nordrhein-Westfalen wollen, muss dieser natürlich auch planungsrechtlich abgesichert und begleitet werden. Soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit gibt es nur gemeinsam. Sie gehören zusammen. Das muss sich in Stadt und Land, an allen Stellen und in allen Politikbereichen konkret widerspiegeln.

Wir stehen als Linke für eine regionale Strukturpolitik. Das wurde von CDU und FDP in den letzten fünf Jahren in keiner Weise gemacht. Sie haben alle Kompetenzen den IHKs überlassen und dadurch auch die Mitsprachemöglichkeiten aufgelöst und zunichte gemacht, die man in der Vergangenheit in regionalen Konsensrunden hatte. An dieser Stelle möchte ich sehr deutlich sagen, dass wir als Linke auf Bürgerinformation, Bürgerbeteiligung und Transparenz achten werden. Dies ist in allen planungsrechtlichen Angelegenheiten notwendig. Das ist etwas, was CDU und FDP überhaupt nicht gemacht haben. Bisher gibt es aber auch bei SPD und Grünen nur zarte Ansätze.

Zur Energiepolitik muss ich einerseits sagen: Wir wollen eine moderne und nachhaltige Industriepolitik in Nordrhein-Westfalen. Wir wollen moderne Dienstleistungen. Das ist überhaupt keine Frage. Wir müssen zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen. Gerade in der Industriepolitik gab es bei den Grünen immer große Beharrungskräfte. Ich weiß, wovon ich rede. Ich war immer ein Vorreiter dafür, andere Schritte zu gehen. Die Grünen sind in der Frage aber nach wie vor Blockierer.

Auch zum Thema Energiepolitik: Wir sind als Linke für den sofortigen Ausstieg aus der Atompolitik in Nordrhein-Westfalen. Bei Gronau gibt es nichts Konkretes. Auch in diesem Punkt warten wir auf Initiativen, damit Gronau endlich seinen Betrieb einstellt.

(Beifall von der LINKEN)

Ich bin sehr gespannt darauf, wie es bei Ihnen weitergeht.

Zur Braunkohle: Der Sündenfall von Garzeiler ist mittlerweile über zehn Jahre her. Die Braunkohleverstromung in Nordrhein-Westfalen geht weiter. Auch dazu sagen wir klipp und klar: Diese größten Dreckschleudern in Europa müssen endlich stillgelegt werden,

(Beifall von der LINKEN)

und die sozial nicht verträgliche Umsiedlungspolitik muss beendet werden.

Wir brauchen endlich eine neue Energiepolitik in Nordrhein-Westfalen. Wir brauchen ein Energiewendeszenario von SPD und Grünen, welches wir tatsächlich im Landtag diskutieren können. Auch hier muss man wieder sagen: Sie sind die Antworten bisher schuldig geblieben. Sie haben es aus dem Programm genommen, aber nicht gesagt, was Sie konkret machen wollen.

(Beifall von der LINKEN)

Wir wehren uns überhaupt nicht dagegen, dass das Landesentwicklungsprogramm und der Landesentwicklungsplan novelliert werden. Von mir aus ist auch die Zusammenlegung eine Möglichkeit. Darüber werden wir sicherlich noch diskutieren. Das Wesentliche dabei ist aber doch, dass bürokratische Hürden abgeschafft werden und trotzdem eine erweiterte und demokratische Mitbestimmung ermöglicht wird. Ich bin sehr gespannt auf Ihre Vorschläge. Auch das ist wiederum nur Ankündigungspolitik. Sie sagen zwar, in welche Richtung Sie gehen wollen, sagen aber nicht konkret, wie Sie das machen wollen. Wir werden Sie weiter mit diesen Angelegenheiten konfrontieren und weiter treiben.

Wir wollen eine sozial-ökologische Planungs- und Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen. – Danke schön.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Sagel. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Dr. Schwall-Düren.